

# Antwort von Kerstin Kaiser auf den Brief aus Schulzendorf

07.03.2007

## **Liebe Genossinnen und Genossen in Schulzendorf,**

herzlichen Dank für Eure ausführliche Mail zum Leitbild. Ich habe sie gleich gelesen, als sie kam – wollte mir aber etwas Zeit nehmen, Euch so gründlich zu antworten, wie Ihr Euch mit unserem Entwurf beschäftigt habt. Das hat leider wegen der aktuellen Verpflichtungen etwas länger gedauert, als ich wollte – ich bitte Euch dafür um Nachsicht.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich freue mich einfach, dass Ihr schon zwei Mitgliederversammlungen für das Leitbild genutzt habt. Ich freue mich einerseits, weil wir in der Fraktion ja auch viel Arbeit in diesen Entwurf gesteckt haben. Vor allem aber freue ich mich, weil es offenbar eben nicht nur eine Idee der Fraktion oder des Landesvorstandes war, eine Zukunftsdebatte für unser Land zu führen, sondern dass das auch in unser Partei insgesamt so gesehen und so getan wird. Die letzten beiden Landesparteitage haben mich in dieser Hinsicht schon ermutigt – aber entscheidend ist letzten Endes, was an der Basis passiert. Nur dann haben wir die Chance, mit unseren Ideen, Vorstellungen und Konzepten die nötige breite gesellschaftliche Wirkung zu erreichen, die nötig ist, damit es im Land – und perspektivisch auch im Bund – zu anderen Mehrheiten und vor allem einer anderen Politik kommen kann.

Die Fragen, die Ihr im ersten Teil Eurer Mail aufwerft, sind auch aus unserer Sicht die zentralen Fragen, die jetzt in diesem Jahr des Dialogs bedacht und vor allem in den Regionen, in den Landkreisen, Städten und Gemeinden, sehr konkret diskutiert und beantwortet werden müssen. Deswegen ist es gut, dass Ihr für April zu einer weiteren Veranstaltung eingeladen habt – Wolfram Wallraff, einer der Autoren des Leitbild-Entwurf, und Thomas Falkner, Referent des Fraktionsvorstandes, werden dann bei Euch sein. Bis dahin sollten wir vielleicht gemeinsam anhand des jetzt vorliegenden Entwurfs des neuen Landesentwicklungsplanes (LEP B-B) aufarbeiten, was diese Planungen der Landesregierung für Schulzendorf und Umgebung

bedeuten. Damit würde uns schon einmal etwas deutlicher werden, was die unterschiedlichen Ansätze von Landesregierung einerseits und Linkspartei.PDS andererseits für konkrete praktisch-politische Entscheidungen über die Zuweisung von Fördermitteln, die Standorte im Bildungswesen und im Gesundheitswesen, die Höhe und Berechnung der Zuweisungen an die Kommunen, die Verkehrsinfrastruktur etc. haben.

Nach unserer ersten Analyse wird für das Land Brandenburg insgesamt deutlich:

- Da es zukünftig keine Nahbereichsstufe im System der Zentralen Orte geben wird, sichern die benannten Mittelzentren nicht flächendeckend die gewachsenen Strukturen der Daseinsvorsorge und zukünftigen Entwicklungserfordernisse. Das halten wir für falsch. Unser Konzept läuft gerade darauf hinaus, die öffentliche Daseinsvorsorge auch unter den künftigen schwierigeren Bedingungen landesweit zu sichern. Deswegen übrigens wenden wir uns auch dagegen, die Erreichbarkeit der Zentren über den motorisierten Individualverkehr anstelle des Öffentlichen Personennahverkehrs zum Entscheidungskriterium für den Zentrale-Orte-Status zu machen. Auch mit diesem Planungsansatz verabschiedet sich die Landesregierung von einem wichtigen Teil ihrer Verantwortung für die Daseinsvorsorge in Brandenburg.

- Dazu kommt: Mit dem Wegfall der Klein- und Grundzentren haben die Kommunen keine Möglichkeit mehr, über die Regionalplanung an der Landesplanung mitzuwirken. Das ist genau das Gegenteil dessen, was wir für notwendig halten.
- Nicht geklärt scheint ferner, wie die zukünftigen Mittelzentren in der Wahrnehmung ihrer Funktionen finanziell unterstützt werden sollen. Den im Finanzausgleichsgesetz 2007 bestimmten Pauschalbetrag, der die Aufgaben der Daseinsvorsorge für einen Einzugsbereich von 30 – 35.000 Einwohnern unterstützen sollte, stellt Minister Dellmann in Frage. Eine Finanzierung nach der Einwohnerzahl benachteiligt die Bevölkerung im Bereich eines kleinen Zentralortes. Das ist nicht akzeptabel.
- Schließlich fällt noch etwas auf: dass eine Gemeinde wie Erkner, obwohl den Landeskriterien für ein Mittelzentrum genügend, am Einspruch Berlins scheitert. Dass so etwas geschieht, lässt uns mit Sorge auf die Arbeit in der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg schauen. Und es lässt uns an der Zuverlässigkeit der Maßstäbe für die Auswahl der Zentralorte zweifeln.

## **Liebe Genossinnen und Genossen,**

an diesen Dingen wird m. E. schon viel von dem deutlich, was unseren Leitbild-Entwurf vom dem der Regierung unterscheidet. Uns kam es bei der Arbeit an einer Alternative für Brandenburg vor allem auf folgendes an: Wir wollten eine politische Vision – und keine oberflächliche Werbebroschüre, wie sie die Landesregierung letzten Sommer vorgestellt hat. Wir erheben einen politischen Gestaltungsanspruch – und resignieren nicht vor den Realitäten. Wir rücken solidarische Verhältnisse ins Zentrum – und stellen uns gegen die neoliberale Logik von Ausschluss, Abhängen, Preisgeben von Regionen und Menschen. Wir setzen auf demokratische Teilhabe – und stellen uns gegen ministeriellen Zentralismus.

Schließlich ist unser Leitbild weltoffen und nicht provinziell: Es sieht Brandenburg im Verhältnis zu allen seinen Nachbarn und auch als Teil der Einen Welt. Vor allem aber hat unser Leitbild das gesamte Land Brandenburg und alle seine Regionen im Auge – es ist mehr als ein Metropolenprojekt. Wir wollen Brandenburg nicht unabhängig von Berlin oder gar gegen Berlin entwickeln. Wir halten es auch für richtig, dass die Metropole Berlin sich im Wettbewerb der Global Cities zu behaupten sucht – und dies unter dem rot-roten Senat so, dass der Ballungsraum nicht allein den Maßstäben von Wirtschafts- und Dienstleistungsstandorten, Finanzzentren oder infrastrukturellen Knotenpunkten unterworfen wird. Es wird zugleich um eine sozialräumlich ausgewogene und ökologisch verantwortungsbewusste Entwicklung von Stadt und Infrastruktur, eine gute Integrationspolitik, einen hohen Standard bei Kindertagesstätten, sehr gute Bildungsbedingungen und einen kulturell ansprechenden, offenen, kreativen Charakter der Stadt gehen. Dies alles sind Anliegen, die sicher für Schulzendorf und den sog. „Speckgürtel“ insgesamt von großer Bedeutung sind.

Man darf nur nicht glauben – wie die Landesregierung -, dass eine positive Entwicklung Berlins automatisch ganz Brandenburg mit zieht. Blickt man etwa auf die Metropolenregionen Hannover-Braunschweig-Göttingen oder Nürnberg-Fürth-Erlangen, so stellt man fest, dass dort keineswegs der Anspruch erhoben wird, Segen über ganz Niedersachsen oder auch nur Franken zu bringen. Die

Landesregierung blendet eines aus: Deutschland wird auf längere Zeit durch eine regional gespaltene Entwicklungsdynamik mit einer Vielzahl von räumlichen Problemkonstellationen geprägt sein, die regional und örtlich angepasste Entwicklungsstrategien erfordern. Wir sehen uns angesichts dessen in der Pflicht, den Interessenausgleich zwischen Regionen mit unterschiedlicher Entwicklungsdynamiken unter Bedingungen zu organisieren, in denen sich die Regionen ihrer konkreten Lage und ihrer Interessen erst bewusst werden (müssen) – und sie dann in produktive Aushandlungsprozesse überführen. Das ist der Zweck auch unserer Leitbild-Debatte. Deswegen müssen wir sie überall im Lande und das wiederum sehr konkret führen.

### **Liebe Genossinnen und Genossen,**

Ihr fragt nun, wie es um die Annäherung zwischen Brandenburg und Berlin steht. Einerseits ist seit dem gescheiterten Fusionsversuch von 1996 viel geschehen – vor allem bei der Bildung gemeinsamer Institutionen, auch bei der Abstimmung von Förderpolitik und der Vermeidung von für die Gesamtregion schädlicher Konkurrenz. Andererseits sehen wir im Verhältnis Brandenburgs zu Berlin auch eine Schiefelage, die unsere Landesregierung zu verantworten hat. Da gibt es einerseits ideologische Vorbehalte, die z. B. Innenminister Schönbohm eher die Kooperation mit von CDU-Ministerpräsidenten geführten Nachbarländern als mit Berlin suchen lassen. Das Hauptproblem liegt aber darin, dass die Landesregierung insgesamt und vor allem die SPD als stärkste Regierungspartei einer sehr einseitigen Logik folgt, wonach Berlin in der Mitte Brandenburgs ein riesiger Glücksfall ist, von dem allein aus Impulse für Brandenburgs Zukunft ausgehen. Die Landesregierung reduziert sich auf diesem Wege zu sehr auf Regierungshandeln für die Metropolenregion im engeren Sinne und macht sich zu sehr zum Juniorpartner Berlins. Ich denke, Ihr habt da sehr konkrete Erfahrungen, was das praktisch bedeutet. Und über das Beispiel Erkner habe ich ja schon gesprochen. Nun wird auch immer wieder über eine Länderfusion gesprochen. Die Berliner Seite hält an dem Vorhaben fest; Ministerpräsident Platzeck wiederum hat es aufgegeben, weil er keine Mehrheit dafür in Brandenburg sieht. Ja – so, wie seine Regierung Politik macht, kann auch keine Mehrheit für die Fusion entstehen.

Unsere Position ist:

Wir wollen die Chancen eines möglichen gemeinsamen Bundeslandes Brandenburg-Berlin erlebbar machen – ein gemeinsames Bundesland als Metropolenregion aber wird es nicht geben. Ein Miteinander kann nur als „Verbund der Regionen“ funktionieren, an dem alle Partner auf gleicher Augenhöhe politisch teilhaben. Die Diskussion über eine gemeinsame Landesverfassung könnte dem Zusammenwachsen „von unten“ einen neuen Impuls verleihen. Brandenburg und Berlin bilden schon jetzt in vielerlei Hinsicht eine gemeinsame Region – z. B. als Wissenschaftsregion. Vordringlich sind eine abgestimmte Hochschulplanung und ein gemeinsames Hochschulgesetz. Und ein noch weitgehend unausgeschöpftes Potenzial liegt in der Verknüpfung der Förderung von Zukunftsbranchen mit dem Land Berlin. In diesem Zusammenhang taucht in unserem Leitbild der „Quadriga-Prozess“ auf, über das Ihr gestolpert seid. Als „Quadriga-Prozess“ bezeichnen die Berliner das Verfahren, mit dem sie ihre wirtschaftlichen Zukunftsbranchen bestimmen und die staatlichen Rahmenbedingungen planen. Wir halten es für sinnvoll, dies gemeinsam mit Brandenburg zu tun.

Alles in allem, liebe Genossinnen und Genossen, wird es wohl zum Thema Länderfusion noch eine ganze Reihe von Debatten geben. Ihr fragt ja nach solchen Themen, die noch strittig sind und bei denen wir mit der Leitbild-Debatte auch mehr Klarheit und Eindeutigkeit in den eigenen Reihen erzielen wollen. Damit meine ich: Aus der Debatte sollen im Landesverband mehrheitlich getragene Positionen entstehen – wir organisieren diese Debatte nicht, um vorgefertigte Positionen durchzudrücken. Dafür sind die Dinge auch zu komplex. Ich will einige dieser Fragen nennen, die uns im Moment besonders beschäftigen:

Wir sprechen von einem „Brandenburg der Regionen“. Leiten lassen wir uns davon, dass Regionen im Sinne der Leitbild-Debatte durch besondere interne Verflechtungen, spezifische gemeinsame Interessen im Raum Berlin-Brandenburg bzw. Nord-Ost-Deutschland/Mitteldeutschland und auch kultur-mentale Traditionen und historische Gemeinsamkeiten gekennzeichnet sind. Im Zuge der Debatte werden wir aber zu einem klareren Regionen-Begriff kommen müssen. Was also sind für uns die bestimmenden Regionen im Land Brandenburg?

Wir gehen davon aus, dass die auf verschiedenen Ebenen wahrnehmbare Hinwendung zum Regionalen (europäisch, im Bund, in den Grenzregionen, auf Landesebene, teils auch in den Kreisen) darauf zurück zu führen ist, dass die bestehenden Verwaltungs- und Länderstrukturen die mit Globalisierung, Strukturwandel, Deindustrialisierung, demografischem Wandel und divergierenden Entwicklungsdynamiken verbundenen Realitäten, Herausforderungen und Chancen nur noch unzureichend abbilden – die Besinnung auf die Region wäre dann die Suche nach den angemessenen Strukturen zur Bewältigung der Probleme. In den Regionalen Planungsgemeinschaften sehen wir Gebilde, an die sich in diesem Sinne anknüpfen lässt. Sind diese Planungsgemeinschaften aber räumlich richtig definiert? Haben sie – etwa im Verhältnis zu den Landkreisen – die richtigen Kompetenzen? Sind die Landkreise noch richtig geschnitten und mit den richtigen Kompetenzen ausgestattet?

Dabei geht es aber nicht nur um die Hülle, sondern auch um den Inhalt – um die Funktion, die Aufgaben und geeignete Wege, sie zu erfüllen. Für uns ist die Leitbild-Debatte also auch eine Debatte um die Definition und Umsetzung von Staatsaufgaben, um die sozial verantwortungsbewusste Modernisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Und es geht um eine entsprechende Funktionalreform. Wie soll sie aussehen?

Wir wollen die Städte stärken und so den Rückzug öffentlicher Institutionen aus ganzen Teilen des Landes verhindern. Dabei verbinden sich zwei Grundsätze: Starke Städte haben Zukunft & Verantwortung u Mittel an die Kommunen delegieren. Das heißt aber auch, dass diese Städte eine hohe Verantwortung für die Regionen tragen – und die Regionen andererseits mit das Risiko der Entscheidungen in den Städten tragen. Was also geschieht, wenn eine Stadt in Folge eigenständiger Entscheidungen am Ende keine starke Stadt ist bzw. wird? Wie weit reicht die Verantwortung der Landespolitik, wie weit die der Städte, wie weit können Eigenverantwortung und Risikofreude und in diesem Sinne auch Wettbewerb tragen?

Schließlich beschäftigt uns auch mit neuer Intensität das ökologische Thema – nicht nur, aber auch wegen der aktuellen Klima-Diskussionen. Unabhängig davon sehen wir z. B. in erneuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffen eine Perspektive für die ländlichen Räume – aber auch hier müssen wir ernsthafter als bisher die ökologischen Folgen z. B. von Monokulturen bedenken. Andererseits

kommen wir sofort auf das Thema der Energiebilanz. Wer für ein Programm zur Umstellung der Energieversorgung des Landes auf erneuerbare Energien plädiert („B 100“), der muss auch die Frage nach der Zukunft der Braunkohle beantworten. Und wer an der Braunkohle mittelfristig festhält, der muss nicht nur über die Tagebaufolgelandschaften reden, sondern auch über den Wasserhaushalt des Landes Brandenburg in Zeiten zunehmender Erwärmung und auch extremer Trockenheit.

### **Liebe Genossinnen und Genossen,**

das sind alles große und wichtige Fragen für die Zukunft unseres Landes. Ihr habt nun auch an einer Stelle den Blick auf unsere Vergangenheit gerichtet. Das fanden wir auch wichtig. Liebe Genossinnen und Genossen, sicher ist es angesichts der großen aktuellen Probleme so, dass die DDR, ihre Leistungen und ihre Sicherheiten, heute nicht nur für uns, sondern für viele Menschen im Land wieder in einem anderen Licht gesehen werden als Anfang der 90er Jahre. Sofern dabei eine ausgewogene, den Realitäten entsprechende Sicht sich durchsetzt, ist das ja auch tatsächlich eine gute Sache; es schärft den Blick für sozial gerechte Alternativen. Was uns anbelangt, so dürfen wir gerade deswegen aber eines nicht vergessen: Die DDR ist am Ende gescheitert. Und unser Weg, der Weg der PDS in die Politik und zu neuer Glaubwürdigkeit, begann notwendigerweise mit einer kritischen und selbstkritischen Untersuchung der Gründe, warum die DDR gescheitert ist und warum wir dieses Scheitern nicht hatten verhindern können. Es hat dazu in der PDS eine breite Debatte gegeben – und was wir im Leitbild dazu aufrufen, entspricht genau den Erkenntnissen dieser Debatte. Das hat doch nichts mit Zeitgeist zu tun! Wir würden uns und einer linken Alternative für Deutschland und Brandenburg schaden, wenn wir an unseren eigenen Erkenntnissen vorbei gehen und damit die Lehren vergessen würden, die für eine dauerhaft lebensfähige linke Alternative unverzichtbar sind.

Noch ein Wort zum statistischen Apparat. Die Zerstörung des DDR-Wirtschaftsmechanismus blenden wir im Leitbild ja nicht aus – und Ihr habt sicher Recht, dass man das dann für Interessierte auch statistisch unterlegen muss. Das lässt sich nachholen und es wird auch nachgeholt werden – danke auch für die Vermittlung von Kontakten zu Fachleuten in Eure Umgebung! Dennoch spricht

manches auch für Betrachtungen der Zeit ab Anfang der 90er Jahre. So wird z. B. deutlich, in welchen Grenzen sich der so genannte Aufholprozess Mitte der 90er Jahre abspielte – und dass seit etwa 1997 wirtschaftlich die Entwicklung zwischen Ost und West wieder deutlich auseinander geht. Gerade angesichts der gewaltigen Dimension der Deindustrialisierung und des wirtschaftlichen Zusammenbruchs ab 1989/90 würden solche Differenzierungen in der statistischen Abbildung eher klein erscheinen. Das wollen wir aber nicht.

So, liebe Genossinnen und Genossen – es ist eine lange Mail geworden. Ich hoffe, ich bin erst einmal auf alles hinreichend eingegangen. Im April gibt es ja dann noch die Diskussionsveranstaltung. Bleibt bitte weiter am Ball – es ist wichtig!

Mit solidarischen Grüßen

Eure

Kerstin Kaiser

Fraktionsvorsitzende